ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☼ Mein politischer Privatbrief No. 24 1.12. EXTRA

michael gahler mdep zur debatte über eine europäische verteidigungsunion + thomas jansen, triest, hinterfragt die unrühmliche rolle von victor orban in ungarn und europa. Außerdem stellt er fest, wie historisch konseqent der britische brexit wurde + wie die russisch-deutsche medienszene die entwicklung in moldawien sieht + neue anti-klimahysterie-prominenz .....

Die AfD erweitert ihre Wahlkampf - Angriffkonzepte für 2017

Weil zum Beispiel Pannen der „Energie-Wende“ auf mehr Wähler-Interesse stoßen

Zu den Höhepunkten des AfD-Bundestagswahlkampfs wird ein „Klima-Kongress“ gehören, auf dem auch kritische Redner aus Nachbarstaaten auftreten sollen. Unter Verwendung von AfD-Aufzeichnungen lege ich nun dar, wie die AfD argumentieren will:

Bundesregierung und vor allem das Umweltbundesamt, dazu fast alle Medien, haben die Wähler seit Jahren einseitig informiert.
Beispiele:
U.a. China und die USA wurden wegen ihrer Energiewende hin zu den „Erneuerbaren“ gelobt. Verschwiegen wurde, dass beide in „Mix“-Konzepten Kernkraftwerke erheblich vermehren wollen, in China um fast 60 Anlagen.
Der Weltklimarat hat in seinem letzten Jahresbericht erklärt, auch der Ausbau von Kernenergie sei günstig für die Reduzierung von schädlichen Abgasen. Dieser Text-Abschnitt wurde von den Agenturen und vom Bundesumweltamt weggelassen.
Medien behaupten, der neue US-Präsident werden von Leuten beraten, „die den Klimawandel leugnen“. Dies ist falsch. Sie anerkennen den Klimawandel, akzeptieren aber nicht die These, der Mensch trage dabei Schuld
Die meisten Wähler wissen, dass kein Staat der Welt der deutschen Energiepolitik gefolgt ist. Im angeblichen Ausnahmefall Schweiz haben deren Bürger soeben per Abstimmung die KWW-Gegner vom Platz gestellt.

Was nun wichtiger ist und eisern verschwiegen wird: Nur 14 Tage nach Fukushima trafen sich auf Pariser Einladung Vertreter **aller** Kernkraftnationen der Welt in Nizza und beschlossen eine ständige Arbeitsgruppe „Sicherheit“. **Nur Deutschland macht nicht mit**. Die Arbeitsgruppe hingegen hat anerkannte Kriterien entwickelt und teilt die Meinung von u.a. Franzosen, Russen und Chinesen, dass die nächste KKW-Generation 90% der Atomabfälle an Ort und Stelle vernichten kann. Durch quasi Verbrennung.
Im Flüsterton wird in der Münchner Regierung, aber auch in Berlin darüber gesprochen, dass die Superleitungen von Norden nach Süden, nunmehr sehr teure Erdkabel, erst weit später als erwartet fertig werden. ***Das erzwinge ein Weiterlaufen der bayerischen Kernkraftwerke. Ein AfD-Vorstandsmitglied: „Das können wir öffentlich ansprechen. Inzwischen antworten über 60% der Wähler, man solle die Werke weiterlaufen lassen WENN DAMIT DIE JÄHRLICHEN STROMPREISERHÖHUNGEN aufhören.“*** Es gibt acht Umfragen, die alle zurück gehalten werden.
Im nächsten ***ContraSalon*** werde ich Sozialpolitik-Pläne der AfD ansprechen. Jetzt nur soviel: Man will den fortdauernden Unterschied zwischen Ost- und Westrente im Vorwahlkampf „breit ansprechen, vor allem in Ostdeutschland“

Michael Gahler (Europaabgeordneter der EVP/CDU)

Zur Debatte über die Europäische Verteidigungsunion sagte EVP-Berichterstatter und sicherheitspolitischer Sprecher seiner EVP-Fraktion:
"Der Vorwurf, dass sich Europa in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik häufig wegduckt, ist leider nicht von der Hand zu weisen. Doch werden die Amerikaner nicht auf Dauer für die Sicherheit Europas sorgen.Die Mitgliedstaaten müssen endlich damit beginnen, ihre militärischen Fähigkeiten auch mit Hilfe der EU für militärische Einsätze im Rahmen von UN, EU, NATO oder Koalitionen der Willigen zu verbessern.
Die EU hat jetzt nicht nur die Chance, sondern die Verantwortung sich selbst um ihre eigene Sicherheit zu kümmern und künftig für die nötige Stabilität in der Welt zu sorgen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns in Europa gut aufstellen, einen neuen Anlauf für eine Verteidigungsunion unternehmen und das **Geld für die Sicherheit Europas endlich sinnvoll ausgeben.** Darüber hinaus kann der EU-Haushalt einen europäischen Mehrwert erbringen, den Friedensbetrieb gemeinsamer Streitkräfte oder Verteidigungsforschung zu finanzieren. Kein Land und keine Organisation können den erheblichen Herausforderungen der derzeitigen Sicherheitslage noch allein begegnen.
Mit dem Bericht zur Europäischen Verteidigungsunion sind gute Möglichkeiten erarbeitet worden, wie wir die militärische Zusammenarbeit oder auch die Rüstungskooperation verbessern können, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Das ist ein guter erster Schritt, doch nun muss auch die Umsetzung rasch erfolgen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren."

==========

Dr. Thomas Jansen, Triest

Thomas Jansen war nach der Gründung der christdemokratischen „Europäischen Volkspartei“ (EVP) deren erster Generalsekretär und lebt jetzt im „Unruhestand“. Er sagt erfreulich offen, was heute leider bittere Sache ist.
Im Übrigen bin ich sicher nicht der einzige, der sich schon länger fragt, warum die EVP ihr ungarisches Mitglied Fidesz und dessen Anführer Orban nicht vor die Tür setzt.

Orban und andere Demonteure

Das Ergebnis des Referendums, das Victor Orban aus propagandistischen Gründen veranstaltet hat, um zu beweisen, dass die Ungarn seine rabiate, fremdenfeindliche Politik unterstützen, war ungültig, da die Zahl der Teilnehmer deutlich unter dem vorgeschriebenen Quorum blieb. Orban erklärte sich aber trotzdem zum Sieger. Die demokratischen Regeln interessieren ihn nicht. Seit er über eine absolute Mehrheit der Sitze im Parlament verfügt, baut er mittels verfassungsändernden Gesetzen und einer systematischen Besetzung der Schlüsselpositionen in allen Bereichen durch seine Gefolgsleute, den Staat um. Gleichschaltung findet auch nach und nach in den Medien statt.
Der durch das Referendum beabsichtigte Aufstand gegen die rechtsverbindliche Entscheidung des Rats der Europäischen Union, eine gerechte Regelung einzuführen, die jedem Mitgliedstaat eine gewisse Zahl von Flüchtlingen zur Aufnahme und Betreuung zuweist, wendet sich nicht nur **gegen die gemeinschaftliche Solidarität**, sondern auch gegen die Rechtsstaatlichkeit. Nun sollen solche Verweigerungen von Entscheidungen, die im Rah-

men der Europäischen Union nach dem im Vertrag vorgesehenen Verfahren, an denen Ungarn natürlich immer beteiligt ist, auch Eingang in die ungarische Verfassung finden. Eine solche Verfassungsbestimmung wird vor dem Europäischen Gerichtshof kaum Bestand haben können. Bis dahin wird die Ankündigung jedoch ihren propagandistischen Zweck erreicht und das antieuropäische Klima in Ungarn weiter vergiftet haben.

Man fragt sich, warum Ungarn unter diesen Umständen Mitglied der Europäischen Union sein will oder sein kann. Der luxemburgische Außenminister hat die Frage öffentlich gestellt und empfohlen, die Mitgliedschaft Ungarn so lange zu suspendieren bis die Regierung in Budapest Einsicht zeigt. Doch so einfach geht es nicht. Denn der Unionsvertrag kennt zwar eine Bestimmung, die einem Mitgliedstaat bestimmte Rechte, darunter das Stimmrecht, im Rat entzieht, wenn der Tatbestand von schweren und anhaltenden Verletzungen von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorliegt. Aber das Verfahren zur Erreichung einer solchen Suspension ist kompliziert und erfordert eine kaum erreichbare qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten.

Denn nach dem ungarischen Muster sehen wir in Polen schon die nationalkonservative Mehrheit am Werk: Regelverletzungen, Einführung verfassungswidriger Gesetze, Ausschaltung kritischer Medien und vor allem auch: Widerstand gegen gemeinschaftliche Entscheidungen und Regeln. Die Alliierten der Polen und Ungarn in der Gruppe der Visegrad-Staaten, Tschechien und Slowakei, bewegen sich in fast die gleiche Richtung. Alle vier Visegrad-Staaten haben in letzter Zeit wiederholt gefordert, dass jede weitere politische Integration Europas verhindert werden solle. Das auf den europäischen Verträ-gen beruhende politische System der Union solle zu Lasten der gemeinschaftlichen Institutionen und zur Stärkung der Nationalstaaten umgebaut werden.

Das war auch das Anliegen aller britischen Regierungen, die nach dem Beitritt ihres Landes zur EG in 1973 die Entwicklung der Gemeinschaft und der Union immer wieder behinderten. Die große Wahrheit: Mit dem Brexit zogen die Briten endlich die Konsequenzen aus der Niederlage ihres ständigen Kampfes gegen die europäische Integration und die demokratische Entwicklung der Union.

Historisches Bonbon zur Sache ! (***Rh.Merkur***)

Stinkbomben aus London

Dr. Adenauer sollte trotzdem nach England reisen

21.8.1959

Wer von uns in den letzten Tagen die britischen Massen-Dailies „Expreß", „Mirror", „Herald" aufschlug, dürfte sich nur mit beträchtlicher Mühe davon überzeugt haben, daß er nicht die antideutsche Propaganda der Moskauer „Prawda" oder „Iswestija", sondern allenfalls deren englische Übersetzung las. So vertraut tönten die Tiraden gegen die „zittrigen, reizbaren, törichten", aber gleichwohl unvermindert „gefährlichen Greise" Adenauer und de Gaulle, so hysterisch die Cassandra-Schreie gegen die revanche- und atombombenlüsternen Deutschen. Das Ungeheuer vom Loch Ness feierte fröhliche Urständ.

Aber Scherz beiseite. Den britischen Kollegen mag die Sommerhitze in den Kopf gestiegen sein, das westliche Bündnis indessen kann sich in diesen Wochen keine Sauregurken-Einfälle leisten. Der Augenblick ist dafür denkbar ungeeignet: Chruschtschow schickt sich an, das Herz der westlichen Standfestigkeit abzuklopfen, und Eisenhower sucht die Rückversicherung der europäischen Alliierten. Nachdenklicher als die Rüpelei der britischen Boulevard-Presse stimmt uns daher die Wahl des Zeitpunkts für ihre Querschüsse gegen den deutschen Bündnispartner. Denn es reisen demnächst nicht nur die Großen zu Zweier-Gipfeln - Adenauer befindet sich auch schon auf halbem Wege nach London.

In dem Augenblick, da sich wieder die ersten Silberstreifen am Horizont der stark verdüsterten deutsch-britischen Beziehungen zeigen, verpesten die Londoner Meinungsmacher die Atmosphäre erneut durch Stinkbomben. Warum? Sie lieben die Deutschen nicht; gut, das ist ihre Sache. Sie lieben auch die Franzosen nicht; schade, wir haben sehr erfreuliche Erfahrungen mit ihnen gemacht. Am wenigsten lieben sie die deutsch-französische Entente Cordiale. Aber glauben sie denn im Ernst, sie könnten Paris und Bonn auseinandermanöverieren, indem sie gleichermaßen gegen beide schießen? Wohl kaum. Wollen sie sich also etwa lieb Kind bei den Sowjets machen? Vielleicht, aber im allgemeinen waren sie dafür bisher zu hochnäsig. Bleiben die Amerikaner, die angelsächsischen Vettern, die die gleiche Sprache sprechen wie sie und sie trotzdem vor und nach Genf schlechter verstanden haben als die Gesinnungsverwandten an der Seine und am Rhein. Die Rechnung geht halt nicht auf: es steht im westlichen Vorfinale für den Match mit den Russen noch immer nicht 2:2, sondern nach wie vor 3:1 gegen die Appeasement-Partei.

Wir haben uns vor einigen Wochen geweigert, Macmillans Absichten mit den Querschüssen der „Times" gegen Lloyds loyales Verhalten in Genf zu identifizieren. Wir werden heute nicht Cassandra als ein Pseudonym für Englands Premierminister auffassen oder den „Daily Herald" als Sprachrohr der britischen Regierungspolitik betrachten. Adenauer reist, wie wir zuversichtlich hoffen, im Oktober nach London, obgleich ihn dort einige faule rote Tomaten erwarten. Er wird sie im Interesse der westlichen Solidarität ebenso zu ertragen wissen wie Macmillan seine Scham über die eigenwilligen Interpreten der sprichwörtlichen britischen Fairness. *P. B.*

Ebenso werden die aktuellen Bemühungen der Visegrad-Staaten in einer Niederlage enden, wobei ein Ausstieg aus der EU für sie wohl kaum infrage kommt, da sie politisch und wirtschaftlich auf die Anlehnung an ihre Nachbarn im Westen angewiesen sind. Mit einem Erfolg ihres Versuchs, das Rad der Nachkriegsgeschichte aus nationalistischen Motiven zurück zu drehen, würde Europa Gefahr laufen, erneut auseinander zu brechen und damit die Errungenschaften der Eini gungspolitik aufs Spiel setzen.

Man sollte nun eine Reaktion der Mehrheit der Mitgliedstaaten erwarten, die dem Vabanque-Spiel Orbans und seiner Freunde einen Riegel vorschiebt. Entscheidend wird die

Zuversicht, dass die Ethik der Einigungspolitik und der mit ihr verbundenen praktischen Werte sich gegen die Mediokrität und moralische Fragwürdigkeit der billigen Argumente und Slogans von Orban, Kaczyinski und der anderen Abenteurer durchsetzen werden. Eine konstruktive, entschlossene, gemeinschaftliche Politik der Reform, die der zerstörerischen Ideologie der nationalen Souveränität entgegen wirkt, müsste dann folgen.

==========

Zu dieser Notiz aus England:

Die „Global Wamimg Policy Foundation" macht das Gegenteil dessen was man vermuten könnte. Sie anerkennt total den Klimawandel und dass es durch diesen wärmer werden kann. Doch sie wurde gegründet, um allen entgegen zu treten, die dem Menschen Schuld an dieser Entwicklung gibt. So publizierte sie auch, dass die Alpen seit der Bronzezeit sechsmal vollkommen eisfrei und dann wieder ganz mit Eis bedeckt wurden.

The Global Warming Policy Foundation is pleased to announce that Profesor Garth Paltridge has joined the GWPF's Academic Advisory Council. - Dr Paltridge is an atmospheric physicist and Emeritus Professor at the Institute for Marine and Ant-arctic Studies at the University of Tasmania. He is a Fellow of the Australian Acade-my of Science and was a Chief Research Scientist at the Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation (CSIRO). The GWPF Academic Advisory Council is composed of scientists, economists and other experts who provide the GWPF with timely scientific, economic and policy advice. It reviews and evaluates new GWPF reports and papers, explores future research projects and makes recommendations on issues related to climate research and policy.

Other members of the GWPF Academic Advisory Council from 11 nations:
Professor Christopher Essex (Chairman)
Sir Samuel Brittan
Sir Ian Byatt
Professor Vincent Courtillot
Professor Freeman Dyson
Christian Gerondeau
Dr Indur Goklany
Professor William Happer
Professor David Henderson
Professor Terence Kealey
Professor Deepak Lal
Professor Richard Lindzen
Professor Ross McKitrick
Professor Robert Mendelsohn
Professor Ian Plimer
Professor Paul Reiter
Dr Matt Ridley
Sir Alan Rudge
Professor Nir Shaviv
Professor Philip Stott
Professor Henrik Svensmark
Professor Anastasios Tsonis
Professor Richard Tol (NL)
Professor Fritz Vahrenholt (D)
Dr David Whitehouse

Dies kennen Sie schon: Russische oder russisch gelenkte Meldungen in deutschsprachigen Medien. Den heutigen Text drucke ich weil er zeigt, wie zufrieden der Kreml damit ist, dass es ihm gelingt, im Osten Europas und zugleich im Rücken der Ukraine Macht zu gewinnen.

„ „ „ Rückschlag für Berlin „ „ „

BERLIN/CHISINAU (Eigener Bericht) - Einen herben Rückschlag für Berlin im Einflusskampf mit Russland hat die Stichwahl um das Amt des moldauischen Staatspräsidenten gebracht. Offizielle deutsche Vertreter hatten bei dem Urnengang in der 3,5-Millionen-Einwohner-Republik Moldau, die zwischen Rumänien und der Ukraine liegt, auf einen Sieg der liberalkonservativen Kandidatin Maia Sandu gesetzt; Sandu wollte die Orientierung des Landes auf die EU beibehalten. Gesiegt hat nun aber der Sozialist Igor Dodon, der nicht nur den Wechsel der Krim in die Russische Föderation anerkennt, sondern darüber hinaus die EU-Assoziierung Moldaus aufheben will. Dodons Sieg bedeutet eine weitere Wegmarke beim Schwinden des deutschen und EU-Einflusses in dem Land. Zuletzt hatten Neutralisten die Regierung übernommen und das Land bereits ein Stück weit von der NATO entfernt. Nun scheint sogar eine engere Anbindung der Republik Moldau an die von Russland geführte Eurasische Union nicht undenkbar. „ „ „

Moldawien ist die Republik Moldau

Geschrieben und redigiert
von Jürgen Wahl, Seilbachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 32.43.81 // e -mail: post@jwahl.de
Deine / Ihre Spende bitte an folgendes Konto: Volksbank in 53343 Wachtberg
IBAN = DE 1537069805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I